

Mitsprache könnte Fluglärmstreit entschärfen



VON HANS-M. JERMANN

■ Null Prozent: So tief ist die Frauenquote im Verwaltungsrat des Euro-Airports Basel-Mulhouse (EAP). Das Aufsichtsgremium

des Flughafens als reine Männerrunde: Das verletzt die Schweizer Verfassung und widerspricht modernen Führungsgrundsätzen. Allerdings: Das zentrale Problem im Zusammenhang mit der Besetzung des Verwaltungsrats – die Frauen mögen diesen Einwand verzeihen – ist nicht das fehlende weibliche Element.

DAS GRÖSSTE MANKO, das seit Jahren einer Lösung harrt, ist die mangelnde demokratische Legitimation der Aufsicht. Schliesslich ist der binationale Flughafen als öffentlich-rechtliche Anstalt organisiert. Die personelle Besetzung des EAP-Verwaltungsrats ist zudem keine Nebensächlichkeitsfrage. Schliesslich fällt er Entscheidung, die für Wirtschaft und Bevölkerung unserer Region von eini-

ger Tragweite sind. In seiner Kompetenz liegen etwa die Betriebszeiten.

NEHMEN WIR den EAP-Verwaltungsrat unter die Lupe: Von den 16 Vertretern entfallen je acht auf die französische und die Schweizer Seite, wovon wiederum vier vom Kanton Basel-Stadt sowie je zwei von Basel-Land und vom Bund gestellt werden. Die sechs Vertreter der Region werden von den beiden Kantonsregierungen vorgeschlagen und gewöhnlich vom zuständigen Bundesrat bestätigt. Bei drei der sechs regionalen Vertreter handelt es sich um die beiden für das Flughafendossier zuständigen Regierungsräte Christoph Brutschin (BS), Adrian Ballmer (BL) sowie um den Basler Regierungspräsidenten Guy Morin. Dagegen ist nichts einzuwenden. Immerhin handeln sie als gewählte Volksvertreter.

DISKUTIEREN LÄSST SICH indes über die Auswahl der drei weiteren Verwaltungsräte aus der Region: Es sind dies Thomas Knopf (Chef der Fiege Logistik AG), Thomas Sieber (Konzernleitungsmitglied Bâloise

Gruppe) und Andreas Büttiker (Direktor der Baselland Transport, BLT). Angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung des Flughafens ist es sinnvoll, dass Vertreter der Transport- und Logistikbranche eingebunden sind. Angesichts der Tragweite der Fluglärm-

Es findet keine für die Öffentlichkeit nachvollziehbare Diskussion darüber statt, wer beim Flughafen mitreden darf.

debatte könnte es aber ebenso sinnvoll sein, Vertreter der Unterbaselbieter Bevölkerung einzubinden. Wer wäre das? Ein Gemeindepräsident? Eine Vertreterin des Schutzverbands der lärmgeplagten Bevölkerung?

AN SOLCHEN FRAGEN entzündet sich das Legitimationsproblem: Es findet keine für die Öffentlichkeit nachvollziehbare Auseinandersetzung statt, welche Interessengruppen am Flughafen mitreden dürfen.

Die Regierungen beider Basel nominieren die Vertreter hinter verschlossenen Türen. Das soll nicht heissen, dass zuletzt die «falschen» Persönlichkeiten gewählt wurden. Im Sinne einer vertrauensbildenden Massnahme wäre es dennoch sinnvoll, die Parlamente beider Basel hätten ein Wörtchen mitzureden. Denkbar wäre, dass sie künftig je einen Vertreter in den Verwaltungsrat wählen. Beim Flughafen, der organisatorisch auf einem komplizierten Staatsvertrag fusst, wäre dies umso wichtiger: Parlamentsbeschlüsse wie die Ausdehnung des Nachtflugverbots lassen sich hier nur schwer umsetzen.

WIE ES FUNKTIONIEREN könnte, zeigt ein anderes staatsnahes Unternehmen: Bei den Basler Verkehrsbetrieben (BVB) wählt der Grosse Rat drei von acht Verwaltungsräten. Ein Mitglied bestimmt gar das Personal. So weit braucht man am EAP nicht zu gehen. Bereits ein partielles Mitspracherecht der Parlamente würde der emotional aufgeladenen Fluglärmdebatte einige Schärfe nehmen. hans-martin.jermann@azmedien.ch